

## **Harvard klagt Trump: Kampf um akademische Freiheit und Millionenfonds!**

Harvard verklagt Trump-Regierung wegen finanzieller Kürzungen, die akademische Freiheit gefährden. Antisemitismus und Proteste im Fokus.

**Vienna, Österreich** - Die Harvard-Universität hat Klage gegen die US-Regierung unter Präsident Donald Trump eingereicht. Dies geschieht im Zusammenhang mit geplanten Kürzungen von Zuschüssen in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar (1,9 Milliarden Euro), die die akademische Freiheit der Institution gefährden könnten. Die Klageschrift wurde am Montag veröffentlicht und betont die willkürlichen Maßnahmen der Regierung, die nach Auffassung von Harvard gegen den ersten Verfassungszusatz zur Redefreiheit verstoßen.

Das Vorgehen der Trump-Regierung wird von Harvard als Versuch gewertet, gezielt Kontrolle über akademische Entscheidungen zu erlangen. Hintergrund sind Vorwürfe von antisemitischen Protesten auf dem Campus, die seit dem Beginn des Gaza-Kriegs am 7. Oktober 2023 zugenommen haben. Diese Proteste haben die Regierung dazu veranlasst, die finanziellen Mittel für die Universität zurückzuhalten und sogar mit dem Entzug von Steuervorteilen zu drohen.

### **Kritik an der Antisemitismus-Debatte**

Bei einer Anhörung im US-Kongress unterhielten sich Präsidentinnen von Eliteuniversitäten, darunter Harvard und die University of Pennsylvania, über den Anstieg antisemitischer

Vorfälle an ihren Institutionen seit dem 7. Oktober. Die Anti-Defamation League (ADL) zeigte in einer Umfrage, dass über zwei Drittel jüdischer Studierender seit Semesterbeginn Antisemitismus erlebt haben. Vor dem genannten Datum fühlten sich rund zwei Drittel der jüdischen Studenten sicher, nach dem 7. Oktober waren es nur noch knapp die Hälfte.

Zusätzlich zur Diskussion über Antisemitismus kam es auch zu einem Anstieg anti-muslimischer, anti-arabischer und anti-palästinensischer Vorfälle an den Universitäten. Die Abgeordnete Elise Stefanik stellte bei der Anhörung Fragen zu den Aufrufen zum Völkermord an Juden, während die Präsidentschaft von Liz Magill an der University of Pennsylvania nach der Anhörung in Frage gestellt wurde.

## **Reaktionen aus der Universitätsgemeinschaft**

Claudine Gay, die Präsidentin von Harvard, erhielt Rückendeckung von über 800 Alumni und entschuldigte sich für die Situation. In einem offenen Brief unterstützen über 500 Fakultätsmitglieder Gay und kritisieren die äußeren Einflüsse auf die akademische Freiheit. Dies verdeutlicht die Vielzahl von Herausforderungen, denen sich die Universitäten in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Landschaft gegenübersehen.

Harvard hat sich entschieden, den Forderungen der Regierung nicht nachzugeben, im Gegensatz zu vielen anderen Universitäten in den USA. Die Regierung fordert unter anderem die Schließung von Diversitätsabteilungen sowie eine Unterstützung der Einwanderungsbehörde bei der Durchleuchtung von Studenten. Universitätspräsident Alan Garber bekräftigte, dass Harvard nicht bereit sei, über seine Unabhängigkeit oder verfassungsmäßigen Rechte zu verhandeln.

Die ACLU (American Civil Liberties Union) hebt die Bedeutung

der freien Meinungsäußerung an Hochschulen hervor und warnt vor den möglichen Auswirkungen solcher politischen Maßnahmen auf die akademische Freiheit insgesamt. Der Konflikt zwischen Harvard und der Trump-Regierung wird genau verfolgt, da er tiefere gesellschaftliche und politische Spannungen innerhalb der USA widerspiegelt.

Details	
<b>Ort</b>	Vienna, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.vienna.at">www.vienna.at</a></li><li>• <a href="http://www.zdf.de">www.zdf.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**